

3734/J XXI.GP

Eingelangt am: 17.04.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Manfred Lackner
und GenossInnen
an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen
betreffend Protokoll über das Expertenhearing "Maßnahmen gegen Drogen im
Straßenverkehr" vom 23. April 2001

Mit Amtsantritt der neuen Bundesregierung begann in der Drogenpolitik eine Trendwende zurück zu Strategien, die bereits in der Vergangenheit erfolglos waren.

Die bisherige erfolgreiche Entwicklung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Prävention, Therapie und Repression wurde stark eingeschränkt.

Die zur Verfügung stehenden Mittel für Suchtprävention, Beratung und Behandlung von Suchtkranken wurden massiv gekürzt, das Modell "Therapie statt Strafe" reduziert und Maßnahmen eingeleitet, die zu einer verstärkten Kriminalisierung von Drogengefährdeten und Drogenabhängigen führen. Die "neue Drogenpolitik" signalisiert jedoch einen Rückschritt zu Strategien der 60iger und 70iger Jahre und führt wieder zu einer verstärkten Kriminalisierung von Suchtkranken.

Zuletzt war die Öffentlichkeit mit politischen Forderungen der Freiheitlichen nach Drogentests analog zu Alkotests für mehr Sicherheit im Straßenverkehr konfrontiert. Die FPÖ will zusätzlich zu verpflichtenden Harn- und Bluttests die Möglichkeit für die Einführung von Drogen-Schnelltests schaffen.

Auch weitere Proben von Körperflüssigkeiten (Speichel oder Schweiß) sollen für wissenschaftliche Auswertungen genommen werden können.

Minister Haupt gelangt in der Anfragebeantwortung (1736/AB-BR/2002) zur Erkenntnis:

"Soweit mit den in Rede stehenden Tests Drogenschnelltests gemeint sind, muss auf die damit verbundenen möglichen Fehlerquoten hingewiesen werden. Es kann daher mit solchen Tests nur bedingt eine seriöse Aussage darübergetroffen werden, ob die jeweilige Person innerhalb eines bestimmten vor dem Test liegenden Zeitraumes eine Substanz, die dem Suchtmittelregime unterliegt, konsumiert hat. Im Falle eines positiven Testergebnisses würden auf Grund der damit behafteten

Unsicherheiten weitere Bestätigungsanalysen mittels geeigneter Laborverfahren samt fachkompetenter Befundung der Ergebnisse dieser Bestätigungsanalysen jedenfalls notwendig sein." Zitat Ende

Obwohl freiheitliche Politiker um die Unseriösität dieser Maßnahmen wissen fordern sie diese Tests aus parteitaktischem Kalkül ein. Der Wissensstand der FPÖ-Regierungsmitglieder Haupt und Waneck ist in einem umfassenden Protokoll über das Expertenhearing "Maßnahmen gegen Drogen im Straßenverkehr" vom 23. April 2001 dokumentiert. Dieses Protokoll wurde vom Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen in Buchform gedruckt und dokumentiert. Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

Anfrage:

1. Wie ist der Wortlaut des Protokolls über das Expertenhearing "Maßnahmen gegen Drogen im Straßenverkehr" vom 23. April 2001?